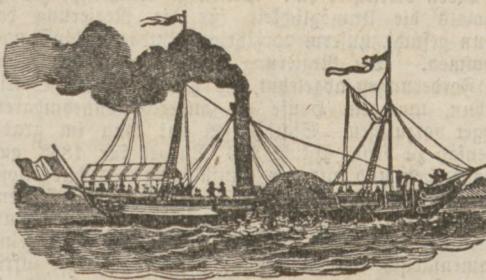


Danziger Dampfboot.

Nº 119.

Dienstag, den 26. Mai.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portehausengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spalte 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: Rettemeyer's Centr.-Büro.

In Leipzig: Illgen & Fort.

In Breslau: Louis Stangen.

In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Warschau, Sonnabend 23. Mai.
Der „Dziennik powozchny“ publiziert heute eine Regierungsverordnung in Betreff der Einführung der Landespolizei und einen Befehl an die Civilgouverneure, wonach zufolge des theilweise niedergedrückten Aufstandes sämtliche an den Unordnungen Anteil nehmenden Beamten zu entlassen und durch andere Vertrauen verdienende zu ersetzen sind.

Lemberg, Sonnabend 23. Mai.
Lapalowicz, Wiszniowski, der die Aufständischen im Zolliewer Kreise (in dem Grenzwinkel Wolhyniens gegen Congresspolen und Galizien) kommandiert, und Czerwinski, der nach Tuczapy gegangen war, wurden in Wolhynien vollständig geschlagen. Die Russen verbrannten Tuczapy. Konstantinow (in Wolhynien) und Zampol (am Dniester) sollen von den Insurgentsen besetzt sein. Laut der „Gazeta Morodwa“ stehen im östlichen Podolien vier Insurgentenkorps.

Czernowitz, Sonntag 24. Mai.
Aus Novo Sielitsa ist die Nachricht eingetroffen, daß in der Nacht vom 22. auf den 23. d. M. in Kamieniec Podolski ein Aufstand ausgebrochen sei. Es sind russische Truppen in Gilmarschen von Chotim nach Kamieniec unterwegs.

Wien, Sonntag 24. Mai.
Nach einer telegraphischen Depesche aus Konstantinopol vom gestrigen Tage waren daselbst Nachrichten aus Durazzo eingegangen, welche die Besorgniß wegen einer beabsichtigten Landung von Freiwilligen aus Neapel in Albanien aussprechen. Dagegen melden Berichte von italienischen Umrissen, um an der Bildung von bourbonischen Freistaaten in Walona glauben zu machen. Die Besorgnisse sind durch das Erscheinen eines sardinischen Geschwaders vermehrt worden. Auf der Insel Candia sind durch griechische Emissäre Unruhen hervorgerufen worden.

Turin, Montag 25. Mai.
Das Parlament ist heute eröffnet worden. In der Thronrede heißt es unter Anderem: Ich danke Ihnen für die vollendeten Arbeiten; Sie haben die Rechte der Nation und die Einheit Italiens bestätigt. Ich werbe diese Rechte zu hüten wissen. Die Thronrede bedauert den Tod Cavour, erwähnt daß fast alle Mächte das Königreich Italien anerkannt haben; Italien werde sich der Gerechtigkeit und der Freiheit der Nationalität ergeben zeigen. Die Thronrede erwähnt dann der Verheirathung der Königin von Portugal und der abgeschlossenen Handelsverträge, konstatiert den Fortschritt in der Armee und der Marine. Ein heißer Wunsch sei es, daß Italien seinen eigenen Kräften vertrauen könne und auch so von ganz Europa beurtheilt werden möge. In einigen Provinzen fordere die öffentliche Sicherheit wirksame Maßregeln. Die Regierung werde ihre Pflicht erfüllen. Frankreich habe die Nützlichkeit einer militärischen Konvention zu diesem Zwecke anerkannt. Die Thronrede spricht dann von den öffentlichen Arbeiten, von der Einheit der Gesetzgebung und von der Neorganisation der Finanzen auf der Basis des Staatsgrundgesetzes. Die Thronrede schließt: Die Freiheit zu bestätigen, mit der Freiheit die Unabhängigkeit und Einheit zu erhalten, ist das Ziel unseres Lebens.

Kopenhagen, Sonnabend 23. Mai.
Gestern Abend wurde die Session des Reichsraths geschlossen, nachdem vorher das Zollgesetz mit 35 gegen 6 Stimmen angenommen worden. Fürst Czartoryski wird heute hier erwartet.

London, Freitag 22. Mai.

Laut Nachrichten aus New York vom 8. d. M. ist Hookers ganze Armee in der Nacht des 5. Mai über den Rappahannock nach Falmouth zurückgegangen, die Verwundeten auf dem Schlachtfelde zurücklassend. Lee nimmt einen großen Sieg in Anspruch.

— Aus New York wird unterm 9. d. M. offiziell angekündigt, daß Hooker sofort wieder die Offensive ergreifen wird.

London, Montag 25. Mai.

Der Dampfer „Europa“ ist mit Nachrichten aus New-York vom 14. d. in Cork eingetroffen. Nach denselben hat General Grant 11,000 Konföderierte 4 Meilen südlich von Port Gibson (in Mississippi) vollständig geschlagen. 12,000 Unionisten haben den äußersten Punkt am Yorkflusse besetzt und die Brücken in der Nachbarschaft von Maison blanche zerstört. General Stonewall Jackson ist in Folge einer Amputation des Arms gestorben. General van Dorn ist ebenfalls tot. — Nach Berichten vom 14. ist General Hooker durch Halleck am Vorrücke verhindert worden. Es ging das Gerücht, General Lee beabsichtige den Rappahannock zu überschreiten und Hooker anzugreifen. An der Brücke bei Washington war eine Batterie aufgestellt worden. Es verlautete ferner gerüchtweise, General Grant hätte das Jacksonsche Corps in Mississippi eingeschlossen und bliebe den Konföderierten nur übrig, sich einen Weg durch die Unionisten zu bahnen.

Petersburg, Sonntag 24. Mai.

Das heutige „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht die holländische Depesche vom 28. April, und die dänische Depesche vom 8. Mai nebst den Antworten darauf. Die holländische Regierung appelliert im Anschluß an die französische Depesche an das Wohlwollen des russischen Kaisers. Die Antwort enthält sich, eine Untersuchung über die praktische Nützlichkeit dieses Schrittes der holländischen Regierung anzustellen, und erblickt darin nur die gute Absicht, welche sie eingegeben hat.

Die dänische Depesche konstatiert, daß auch unbesiegte Staaten in Folge der allgemeinen Verwicklung gefährdet werden könnten, und spricht den dringenden Wunsch aus, die Polen möchten die Waffen niederlegen. Die Antwort dankt und versichert, daß von Russland her keine Gefahren über andere Staaten hereinbrechen werden.

Die Portugiesische Note, welche im Geist der englischen abgefaßt ist, ist nicht kommuniziert, und deshalb nicht veröffentlicht worden. Die Antwort erinnert von Neuem an die von Außen kommenden Anreizungen. Der Kaiser habe nicht nötig, Inspirationen anderswoher als aus seinem eigenen Herzen und den Gefühlen seiner Pflicht zu schöpfen.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

47. Sitzung, am 22. Mai.

Die Tribünen sind überfüllt, auch die Herrenhaus- und Diplomatenloge stark besetzt. Am Ministerische Niemand. Nach unbedeutenden geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung eingetreten. Auf derselben steht der von der Kommission vorgelegte Adressentwurf, über den mündliche Berichterstattung beschlossen ist.

Ref. v. Unruh: Beide Adressanträge seien dadurch hervorgerufen, daß nichts geschehen war zur Ausgleichung oder nur zur Milderung des seit Jahresfrist bestehenden Konfliktes, im Gegenthell eine Steigerung desselben stattgefunden hatte. Namentlich seit Eröffnung der gegenwärtigen Session hat die Staatsregierung ein gewisses System in ihrem Verhalten gegen dieses Haus verfolgt, das darauf berechnet war, die Bedeutung dieses Factors

immer mehr und mehr herabzudrücken, immer mehr und mehr die Mißachtung dieses Hauses auszu sprechen, theils im Ernst, theils in übel angebrachten Scherzen. Wie wenig das Haus geneigt war zu einem formellen Bruch, zeigen die Beschlüsse desselben am 15. Mai, die an dem tatsächlichen Vorfall festhielten und es ablehnten, auf die von dem Ministerium angeregte Prinzipienfrage einzugehen. In der ausdrücklichen Erklärung, daß das den Ministern nach Art. 60 der Verfassung zustehende Recht nicht angegriffen worden sei, war auch die Erklärung enthalten, daß dasselbe auch in Zukunft nicht angegriffen werden solle. Auf Grund dessen hätten die Minister in diesem Hause erscheinen können, ohne ihrer Ehre irgende zu nahe zu treten. Dies war aber nicht die Absicht der Minister, deren nachfolgende Schritte vielmehr die von Anfang an herrschende Absicht, den bestehenden Konflikt zu steigern, darthun. Dadurch, daß das Ministerium ganz formell seine Mitwirkung an unseren Verhandlungen versagt hat, war für das Haus nur die Alternative möglich, entweder die wichtigsten Gegenstände ohne Theilnahme der Staatsregierung zu berathen, oder sich direkt an Se. Maj. den König zu wenden. Die vorläufige Entscheidung für eine dieser beiden Möglichkeiten hat das Haus bereits durch Ablehnung des vom Abg. Simson am 18. Mai gestellten Amendements getroffen. Mit 17 gegen 5 Stimmen hatte darauf die Adresskommission den sofortigen Erlass einer Adresse vorgeschlagen. Die gestern an uns ergangene allerhöchste Botschaft hat die ganze Adressfrage wesentlich modifizirt. Die Minister haben nicht nur an ihrem früheren Verfahren festgehalten, sie sind sogar so weit gegangen, wegen einer Kritik über das Verfahren des Präsidenten dieses Hauses die allerhöchste Person in einen Etiquettenstreit zu ziehen. In einem absoluten Staate ist ein königlicher Erlass der unanfechtbare Auspruch, gegen den von keiner Seite mehr etwas eingewendet werden kann. In dem konstitutionellen Staate verhält sich dies durch die bei jedem königlichen Erlass nothwendige Contrat signatur der Minister und deren dadurch übernommene Verantwortlichkeit anders: der Inhalt eines Regierungs-Erlasses ist damit der Beurtheilung unterworfen. Dadurch, daß vorläufig erlassene königliche Verordnungen dem Landtage zu nachträglicher Genehmigung vorgelegt werden müssen, ist diese Berechtigung, solche Verordnungen zu kritisieren, auch ausdrücklich anerkannt. Ich vermaue mich von vorn herein dagegen, als ob ich beabsichtigte, die Ehrfurcht gegen Se. Majestät den König durch diese Kritik im geringsten zu versetzen. Die königliche Botschaft wiederholt den Inhalt des früheren ministeriellen Schreibens und die in demselben enthaltenen wahrheitswidrigen Thatfachen; sie geht aber noch weiter, indem sie ausdrückt, daß das Haus indirekt den vom Präsidenten erhobenen Anspruch auf Disciplinargewalt über die Minister sich angeeignet habe. Hierbei wird auf den dem Beschuß des Hauses vorangehenden Kommissionsbericht Rücksicht genommen, und ein solches Zurückgehen, auf die Motive der Kommission — die ich meinerseits übrigens durchaus nicht verleugnen will — ist etwas Unerhörtes. Ich habe neulich schon ausgesprochen, daß die gegenwärtige Krise den Kampf zwischen dem absoluten und dem Verfassungstaat darstellt. Eine Bestätigung dieser Ansicht aber liegt in der an dieses Haus gerichteten „Ermahnung“, dem Verlangen der Minister nachzukommen. (Hört! hört! Sehr richtig! links!) Dies ist der Standpunkt des patriarchalischen Staats, der Standpunkt des befrankten Unterthanenverständes. Damit tritt die Frage auf, ob die Minister nicht über dem Hause siehen, es wird eine Disciplinargewalt der Minister über das Haus beansprucht. Und doch ist, da das Haus das Recht hat, ihm vorgelegte Gesetzentwürfe abzulachen, das Ministerium aber an die Entscheidungen der Krone gebunden ist, eine Parallele zwischen dem Staatsministerium und diesem Hause ganz unberechtigt. Die Differenz zwischen dem Ministerium und dem Hause ist keine allmälig entstandene; sie geht hervor aus dem vom Ministerium konsequent befolgten Systeme, die Thätigkeit des Hauses zu beschränken. Die letzten Schritte des Ministeriums bedrohen aber auch konstitutionelle Formen, und in ihnen den konstitutionellen Staat, der in sich einig ist. Es handelt sich um die Frage, ob wir noch ein konstitutioneller Staat sein sollen. Beherrzen wir den Auspruch, den wir vom Ministerium kurzlich gehör haben: „die Wahrung verfassungsmäßiger Rechte ist Pflicht, ihr Aufgeben Willkür“. Lassen Sie sich

durch kleine Bedenken nicht zurückhalten; jede Adresse kann nur durch einen Kompromiß zu Stande kommen. Lassen Sie sich bei Ihrem Votum nicht dadurch bestimmen, daß Ihnen ein Wort zu stark oder zu schwach erscheint, darauf kommt es ja nicht an. Der Ministerpräsident hat uns vor Kurzem erklärt, er habe die Verfassung ebensowohl beschworen, als wir. Zeigen wir, daß wir unsern Eid halten. (Bravo.)

Die Generaldiskussion wird eröffnet, zunächst jedoch der Verbesserungsantrag des Abg. Graf v. Schwerin zur Unterstützung gestellt. Die Unterstützung reicht aus. (Außer den Atliteralen erheben sich dafür die Katholiken und ein Theil der Fraktion Bockum-Dolfs.)

Zur Geschäftsausordnung beantragt Frbr. v. Vincke (Stargardt), die General- und Specialdiskussion zu verbinden und nicht erst über die Frage: "ob eine Adresse zu erlassen", am Schluß der Generaldiskussion abstimmen zu lassen, da über diese Frage Niemand im Hause zweifelhaft sein könne. Nach einigen Bemerkungen des Präsidenten und des Abg. Reichenperger (Bekum) zieht v. Vincke seinen Antrag zurück.

Abg. Reichenperger (Geldern) gegen den Kommissionentwurf.

Abg. Löwe (Bockum): Ich gebe zu, daß immer eine besondere Veranlassung zu einem so außerordentlichen Schritt, wie eine Adresse, vorhanden sein muß. Aber es ist jetzt eine solche vorhanden: es handelt sich um die Erhaltung des beschworenen Rechts, um die Existenz des Staats. Ich appelliere an das Herz Derjenigen, die die Adresse auf den berührten Punkt beschränken wollen, ob sie nicht schon lange traurig gewesen über die gewonne neue Überzeugung, daß es unmöglich sei, das beschworene Recht zu erhalten, eine Reformpolitik zu entwickeln. Es gibt gewisse Dinge, die notwendig sind für die Existenz eines Gemeinwesens; durch die auswärtige Politik der Regierung ist der preußische Staat aufs höchste bedroht. Bei der eigentlich unglücklichen geographischen Lage des preußischen Staates steht die Existenz derselben auf dem Spiele, wenn der große Zusammenbruch erfolgt. Allerdings wird auch in diesem Zusammenbruch das edle deutsche Volk nicht untergehen und seine Mission zu erfüllen nicht aufhören, aber die territoriale Einheit wird dann nicht aufrecht erhalten werden. Wir als preußische Abgeordnete, die wir die Verfassung beschworen haben, haben die Pflicht, deshalb unsre warnende Stimme zu erheben, wo es sich um eine Existenzfrage für den Staat die Krone, die Dynastie handelt. Ich habe bereits damals den Augenblick für eine Adresse für geeignet gehalten, als die Regierung ihre Kraft und Thätigkeit einseitig nach dem äußersten Osten richtete und einen Schwerpunkt außer Deutschland suchte. Als dann der Augenblick kam, wo es galt, eine alte Ehrenpflicht Preußens gegen Schleswig-Holstein zu erfüllen, die im letzten Grunde auch eine Existenzfrage ist, so hielt ich ebenfalls die Veranlassung für eine Adresse gekommen. Jetzt ist die Frage endlich zur Entscheidung gekommen, nicht durch unsre eigene Kraft und Geschicklichkeit, sondern durch das Verhalten unserer Gegner. Auf die inneren Fragen will ich nicht weiter eingehen, da andere Redner sie noch entwickeln werden. Nur einige Worte will ich Ihnen ans Herz legen. Mit Recht hat vor einigen Jahren der König den obersten Befehl über das Bundesheer in Anspruch genommen. Daran leiden wir ja hauptsächlich, daß Preußen, welchem seiner geographischen Lage wegen vorzugsweise die Vertheidigung deutschen Territoriums obliegt, fast die ganze oder doch die hauptsächlichste Last der Landesverteidigung zu tragen hat. Der Anspruch des Königs auf den Oberbefehl war daher gewiß berechtigt und wurde von allen Patrioten unterstützt. Dennoch resignierte die Regierung und verzichtete auf diese Erfüllung der Lebensbedingungen eines aufstrebenden Preußens und suchte sich durch übermäßige Entwicklung der eignen Militärfürze die Macht zu verschaffen, die für den preußischen Staat seine eigenständliche Lage erfordert. In Konsequenz dieser übermäßigen Entwicklung der Militärmacht suchte darauf die Regierung in Ablösung von dem deutschen Volke eine andere Allianz im äußersten Osten, welche es gänzlich abschafft vom deutschen Boden. Deshalb müssen wir dem Könige sagen, daß große Gefahren über seinem Lande, über seinem Volke, über seiner Dynastie schweben, daß die Wege, auf denen sein Ministerium den Staat leitet, die Gefahr fort und fort vergrößern, und das Land der Mittel veraubt wird, diese Gefahren zu beschwören.

Abg. v. Zolotowski (Buck). (Der Redner ist außerordentlich schwer zu verstehen.) Wenn er und seine Freunde gegen den Kommissionentwurf stimmen, so geschieht dies mit einem sehr schmerzlichen Gefühl. Er hätte gehofft, die Adresse würde alle Übelstände, welche die Politik des Ministeriums über das Land gebracht, aufdecken, aber der Entwurf entspricht seinen Erwartungen nicht. Der Militärstaat, über welchen die Adresse klage führt, sei in Posen zur Militärrherrschaft geworden. (Der Redner geht speziell auf die polnische Frage ein, wird aber vom Präsidenten unterbrochen.) Die Adresse gebe den Ansichten des Landes keinen genügenden Ausdruck und könne ihn von seinem Standpunkte aus nichts weniger als befriedigen. Sie sei hervorgegangen aus der Mitte der deutschen Fortschrittspartei, welche mit derselben den ersten Schritt zurück thue, weil in derselben kleine Rücksichten großen Prinzipien den Weg vertreten. Er werde deshalb gegen die Adresse stimmen, aber doch für das erste Alinea derselben, weil er mit dessen Inhalt, der die Würde des Hauses wahre, vollständig einverstanden sei.

Abg. v. Sybel: Wenn der Vorredner es der deutschen Fortschrittspartei zum Vorwurf gemacht hat, daß sie die wichtigste schwedende Frage, die polnische, nicht berührt hat, welche zugleich die deutsche Politik nahe angehe, so muß man ihm darauf erwidern, daß es in diesem Moment eben geboten ist, nicht polnische und nicht deutsche, sondern preußische Politik zu treiben. — Leitender Gesichtspunkt war für ihn der Satz: es sei das Recht dieses Hauses, sich mit Bitten und Beschwerden über die Minister an die Krone zu wenden, aber man müsse sich über einzelne Thatsachen beschweren, man habe auch nicht

das Recht, der Regierung seine Mitwirkung feierlich aufzukündigen. Das Haus erklärt aber, daß es nicht im Stande sei, die gegenwärtige Richtung der Regierung zu unterstützen, in dieser Richtung mitzuwirken, und unsre Schuld ist es ebenfalls nicht, wenn wir uns nicht über einzelne Akte allein der Regierung beschweren können. Denn alle einzelnen Akte sind nichts als Ausflüsse eines rechtswidrigen Systems, von dem uns loszusagen vollständig gerechtfertigt ist. Unsre Ansicht von der Selbstständigkeit der Regierung ist äußerst einfach: die Regierung bewegt sich auf jedem Gebiet der Verwaltung durchaus selbstständig, wenn sie dabei nicht neuer Gesetze und neuer Geldbewilligungen bedarf. Unsre Klage geht nur dahin, daß die gegenwärtige Regierung von dem ersten Tage ihrer Existenz an diese beiden Schranken als nicht vorhanden betracbtet hat. Der Abg. Reichenperger hat nochmals die Unmöglichkeit für die Regierung darzuthun gesucht, unsern vorjährigen Budgetbeschlüsse nachzukommen. Die Regierung haite aber, nachdem wir ihre Forderungen abgelehnt, die Pflicht, sofort Schritte zu thun, um dem Hause ein anderes, annehmbares Budget vorzulegen. Statt dessen hat man im gräden Gegensatz zu dieser Pflicht das Budget für 1863 ganz zurückgezogen und mit der Einführung des budgetlosen Regiments die Umkehrung des konstitutionellen Systems vollzogen. Wenn wir hätten bewilligen wollen, was uns angemahlt worden ist, so wäre die Regierung mit einer parlamentarischen Regierung in diesem Stil wohl zufrieden gewesen. Die Regierung sagt, daß sie unser Bewilligungsgesetz wohl anerkennen will, wenn das Haus sich ihren Forderungen einfach anschließt; die Regierung sagt: ihr habt das Recht zu bewilligen und zu verweigern, aber die Reorganisation, die dreijährige Dienstzeit können wir nicht aufgeben, dies erfordert die Staatsexistenz. Ein solches Verfahren ist die Appellation an das Prinzip der öffentlichen Wohlfahrt, es enthält die Forderung, daß alles Recht sich deugen soll den subjektiven Ansichten der Regierung über das, was sie unter allgemeiner Wohlfahrt versteht. Zur Beurtheilung dieses Verfahrens kann ich mich auf Stahl berufen, der den Grundsatz ausgesprochen hat, daß jeder, der die Rücksicht auf die öffentliche Wohlfahrt erhöht, über Recht und Gesetz stellt, seinem ganzen Standpunkt nach ein Revolutionair ist, gleichviel ob er dem Volke oder der Regierung angehört. Wenn ich hervorgehoben habe, daß die Praxis der Regierung eine durchaus revolutionäre ist, so habe ich die große historische Wahrheit nicht verleugnen wollen, daß es Zeiten gegeben hat, in denen eine revolutionäre Praxis das kleinere Uebel war, ja daß das revolutionäre Auftreten kraftvoller Regenten zuweilen das einzige Heil- und Rettungsmittel war, um absterbende Nationen einem frischen, neuen Leben entgegenzuführen. Und namentlich ist auch Preußen durch solche Zeiträume hindurchgegangen. Aber in einem jeden solchen Falle muß selbst eine geringe Rechtsverlegung aufgewogen werden durch die größere Söhigkeit, das größere Verständnis der politischen Aufgaben, eine erhöhte produktive Thätigkeit. Selbst wenn die gegenwärtige Regierung auch nur eine Dosis von diesen Gaben besaße, so würde ich doch verklagen müssen, daß sie den Erfolg dieser Gaben durch eine Rechtsverlegung erschwert hat. Aber wie stehen wir? Ein großes organisches Gesetz, dessen Wichtigkeit und Nothwendigkeit für die Gegenwart wie für die Zukunft allgemein anerkannt wird, das Unterrichtsgesetz, ist nicht vorgelegt worden wegen der Spannung der Zeit; ähnlich verhält es sich mit dem Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister. Und hier hätte das Ministerium nicht einmal eine produktive Thätigkeit zu entwickeln nötig gehabt; es hatte nur die Erbhaft seiner Vorgänger anzutreten. Der Grund der Spannung, welcher das Zustandekommen von Gesetzen hindert, wo liegt er anders, als in der Existenz des gegenwärtigen Ministeriums? Hätte sich das Ministerium nicht die Frage vorgelegt, ob es nicht seine Pflicht sei, durch seinen Rücktritt diese Spannung zu beseitigen? Ueberblicken wir die Thätigkeit des Ministeriums, zunächst auf dem Gebiete der Gesetzgebung, so hat es ein Gesetz über die Laizität der Kirche zu Stande gebracht und eines über die Gewährleistung für verkaufte Haustiere in den Hohenzollernschen Landen. (Heiterkeit.) — Blicken wir demnächst auf die Finanzverwaltung, so sorgt der unermüdliche Fleiß des Volkes dafür, daß in jedem Monate vier Millionen an Steuern in die Staatskassen fließen; trotzdem ist die Ausbeute aus den Forsten in drei Jahren um 33 p.C. gestiegen, ein für die Zukunft des Staates höchst bedeutsames Resultat. Im Gebiete der öffentlichen Arbeiten hat das System einer bloßen Isterverwaltung zu Störungen geführt. Auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten will ich nicht ausführlich eingehen. Der Bericht, wie er jetzt aus den Berathungen der Kommission hervorgegangen ist, hat sich über dieselben mit Recht kurz gefaßt, aber mit gutem Grunde erwähnt er die eine vom Kriegsminister gehannte Neuherierung, daß wir ringsum Feinde haben. Auf einer andern Tribüne (im Herrenhause) wurde vor wenig Tagen die Politik der Regierung eine eminent preußische genannt (Heiterkeit). Eine Politik aber, die uns in wenigen Monaten aus einer hoffnungsreichen Lage in eine völlige Isolierung versetzt, uns ringsum Feinde schafft, ist, wie ich meine, grade das Gegenteil einer eminent preußischen, das heißt eminent fähigen und eminent erfolgreichen Politik. In diesem verhängnisvollen Augenblick müssen wir, wie der Entwurf uns vorschlägt, an den Stufen des Thrones ehrfürchtigstvoll erklären, daß wir kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium besitzen. Dies ist keine leichte Pflicht, aber wenn wir die sich aufstürmende Gefahr für Thron und Vaterland erkennen, werden wir, unsern Eid auf die Verfassung treu, auch unsre Pflicht erfüllen und thun, was für Thron und Vaterland kommt! (Beifall.)

Abg. Graf Schwerin: Der Redner gibt zunächst eine historische Darlegung der Ereignisse, welche zu der heutigen Diskussion geführt haben, und tadelte dabei das Verhalten der Majorität des Hauses. Es wäre angemessener gewesen, in den Ver-

handlungen fortzufahren, und das Ministerium hätte sich dann überzeugen müssen, daß es der Krone und dem Lande mehr schade, als dem Hause, wenn es sich verfassungswidrig den Verhandlungen im Hause entziehe. Er glaubte, daß die Adresse der Kommission jedenfalls nicht zu dem Ziele führen werde, das man erstrebe, und namentlich sei ihm nicht zweifelhaft, daß ein großer Theil der Antragsteller mehr nach unten als nach oben sehe; daß, während sie sich an die Krone wendeten, sie auf die Auffregung im Lande hinarbeiteten. Erregung der Gemüter bis zum höchsten Grade werde allerdings die Folge dieser Adresse sein; daß dies Resultat aber wünschenswerth sei, könne er kaum glauben. Redner verheiadt schließlich seinen Adressentwurf, der sich als einfache Antwort auf die Botschaft des Königs am meisten empfiehlt.

Abg. Schulze (Berlin): Die Regierung verlangt man solle die vorhandene Ungesetzlichkeit sanctioniren und dadurch zur Gesetzlichkeit zurückkehren. Und dafür solle man das Recht haben, zu Allem „ja“ sagen zu dürfen! — Die Erfüllung dieses Verlangens führt zum Scheinkonstitutionalismus, der einzigen Form, in der in unseren Tagen der Absolutismus noch möglich sei. Aus diesem Schlußwinkel müsse man ihn hinaustreiben. Er könnte sich nur halten durch die politische Lüge und die politische Heuchelei! (Beifall.) Dem sei entgegengesetzt. Das sei zum Bewußtsein zu bringen nach oben vor dem Throne und nach unten dem Volke. Denn jede Adresse habe zwei Seiten, das leugne er nicht. Von dieser Tribune aus die politische Entwicklung des Volkes fördern helfen, sei eine ihrer wesentlichsten Aufgaben. Nur vor einem sollte man sich hüten, die schlechten Leidenschaften wachzurufen. Man habe dies in neuerer Zeit versucht, aber da standen wir unsern Mann; diesem Bestreben sind wir entgegentreten. (Lebhafter Beifall.) Diese Bestrebungen gingen aus von der Reaktion, sie seien nicht zu suchen in der deutschen Fortschrittspartei! — Wie Löwe schon ausgeführt, sei vor allem nach deutscher Einigkeit zu streben; an der Spitze Deutschlands zu stehen, sei der Beruf Preußens. Dazu gehörten aber fähige Staatsmänner. Bedauerlich sei, daß in der jüngsten Krisis unser Volk, das zum Kampf bereit sei, sich niedergedrückt fühlen müsse, wenn es auf unsere Führer sehe und fühlen müsse, daß das deutsche Banner anderen Händen anvertraut werden müsse. Diese Lage der Sache — schon spreche man von einem Appell an das Volk, von der Absicht, die Stimme des Volkes zu fälschen — mache es notwendig, die Lage des Landes der Krone vorzutragen. Man müsse und werde seine Schuldigkeit thun. Und in dem Kampfe habe das Volk einen Bundesgenossen: den Geist der Geschichte und des Fortschritts. Wer die nicht für sich habe, wer sich dem Geist der Geschichte entgegenstelle, der sei verloren. (Beifall.)

Der Schluß der Generaldiskussion wird beantragt und angenommen.

Antragsteller Abg. Birchow: Er freue sich, daß die ganze Kommission sich schließlich von der Notwendigkeit einer Adresse überzeugt habe und daß auch der Schwerin'sche Adressentwurf in seinem Schlußpuff sich dem Inhalt seiner Adresse näherte. — Das Haus dürfe nicht allgemeine Aufforderungen an Se. Majestät richten; sie seien hergeholt, um offen und bestimmt zu erklären, was ihrer Überzeugung nach dem Nutzen des Landes am meisten fromme. Der Abg. Graf Schwerin wünsche, daß das Haus in Gesetzesform seine Willensmeinung und Absicht vor dem Lande darlege. Dann aber muß das auch in ebenso positiver Weise bei dieser wichtigsten Frage geschehen. Man könne doch nicht, so lange das jetzige Ministerium bestehet, welches erklärt habe, es wolle das Haus erst auflösen, bis es vom Lande gehörig bekannt sei, die Abhilfe in der Auflösung des Hauses verlangen. Wir halten uns für den Ausdruck der Majorität des Landes, und dies erkenne auch das Ministerium an, da es nicht zur Auflösung schreite. Das Ministerium werde doch nicht eine Auflösung gegen sein Interesse vornehmen! (Heiterkeit.) Es bleibe also nur übrig, um die Entlassung des Ministeriums zu bitten. Wenn der Abg. Graf Schwerin sage, sie sähen nach unten, wenn sie nach oben sprächen, so scheine es ihm dagegen, daß dieser und seine Freunde, wenn sie nach oben sähen, nach unten sprächen. Es handle sich darum, dem Könige zu zeigen, daß das Ministerium das Volk und die Krone in Gefahr bringe. — Der Redner geht nun auf die Interpretation des Verfassung seitens des Ministeriums Bismarck ein, die nach und nach Artikel für Artikel derselben in Frage gestellt, und sucht darzuhin, daß diese Interpretationskunst in dem Schreiben des Ministeriums vom 16. Mai den Gipfel der Kühnheit erreicht.

Zur persönlichen Bemerkung verlangt hierauf das Wort Abg. v. Vincke (Stargardt): Er habe nie die Regierungsfähigkeit der Fortschrittspartei in Abrede gestellt, ebenso wenig habe er seinen Freunden alle eminenten Regierungsfähigkeit zugeschrieben. Was ihm persönlich angehe, so erkläre er, daß ihm wiederholt ein Regierungsparteiangeboten sei, daß er dies aber immer abgelehnt habe, da er sich nicht für geeignet halte zum Minister. Uebrigens könne er gar nicht billigen, wenn die Partei des Abg. Birchow darauf verzichte, ein Ministerium zu bilden; dann bleibe also nur übrig, daß sie immer nur in der Opposition bleiben und agitieren wollen.

Abg. Graf Schwerin: Der Abg. Birchow habe von gewissen Männern gesprochen, die sich hätten überrumpeln lassen, zu denen er auch wohl habe gehören sollen; er könne aber nicht zugeben, daß er jemals überrumpelt worden sei, er verrette, was er als Minister gehabt, vollständig noch jetzt.

Abg. Birchow: Es sei unrecht, daß der Abg. v. Vincke der Fortschrittspartei den Vorwurf der bloßen Agitation mache, da sie kein Ministerium zu bilden beabsichtige, weil der Abg. v. Vincke sich doch selbst in der Lage befindet, nicht Minister werden, also nur agitieren zu wollen. (Große Heiterkeit) Uebrigens habe er durchaus nicht gesagt, daß nicht nötigenfalls seine Partei ein Ministe-

rum zu bilden fähig und gewillt sein würde; er habe nur gefragt, daß das seine Partei dem Könige nicht sich selbst als Ministerium empfehlen, sondern jedes verfaßungstreue Ministerium das Se. Majestät ernennen würde, unterstüßen wolle.

Nach kurzer Replik des Abg. v. Vinde und nach wenigen Bemerkungen des Referenten v. Unruh, der mittheilt, daß Petitionen aus Solingen und Breslau über den Vorfall vom 11. Mai eingegangen seien und diese durch die Adresse ihre Erledigung finden würden, wird die Frage, ob eine Adresse an Se. Maj. den König zu erlassen, einstimmig bejaht.

Man geht zur Spezialdiskussion, zunächst über den ersten Absatz.

Alinea 1 des Commissionsantrages wird mit großer Majorität angenommen, (Dagegen nur die Feudalen, die Katholiken, die Ultraliberale, dafür die Fortschrittspartei, Fraktion Bodum-Dolfs, parlamentarischer Verein v. Vincke (Stargardt). — Alinea 2 wird angenommen. (Ultraliberale mit v. Vincke, Katholiken, Feudale dagegen.) Zu Abschnitt III. (Rückblick auf die Militärdebatte) während Abg. Waldeck seinen, der Amendingung feindlichen Standpunkt. Er erblieb in dem Alinea nur eine Erwiderung auf die Vorlesung Sr. Maj. des Königs; es müsse den Könige gesagt werden, daß nicht das Haus den Zweck der Sessien bereitst habe. Dieser Zweck sei die Wahrung der Rechte des Volks auf dem parlamentarischen, gesetzlichen Wege. Er hebt dies hervor gegenüber den schmäleren Berungslimpfungen, die vorgestern im Herrenhaus laut geworden; da sei man so weit gegangen, die Regierung aufzufordern, sie solle ohne Budget regieren, in der russischen Politik fortfahren u. s. w. Das würde einen englischen Tory etwas Unerhörtes sein. Die Verleumdungen und Berungslimpfungen der Mitglieder dieses Hauses gereichten nicht zur Ehre jenes Hauses; ein solches Verfahren öffne dem Volke die Augen, verdiene aber eine ernste Rüge. (Bravo.) — Alinea 3 wird angenommen. — Alinea 4 wird mit derselben Majorität wie die beiden vorhergehenden angenommen. — Zu Alinea 5 (Unmöglichkeit mit den gegenwärtigen Ministern zu verhandeln) ergreift Abg. v. Vincke (Stargardt) unter Bezug der Unzufriedenheit eines großen Theiles des Hauses das Wort. Dieser Passus enthalte eine Wiederholung von früher an die Krone gerichteten Ansprüchen und schwäche dieselben daher nur ab. Die Wiederholung könne nur einen Mißerfolg haben. Die eine in diesem Passus ausgesprochene Alternative, Auflösung des Hauses, sei auch für jene Seite nicht zu wünschen, denn Neuwahlen würden auch eine Anzahl der Männer in dieses Haus führen (Lassalle), die Gegner des zwar nicht großen, aber verdienstvollen Mannes Schütze (Berlin) sein würden.

Abg. Simson: Wir sind dem Könige volle Wahrheit schuldig, nicht blos über die — ich möchte sagen — elende Geschäftsausordnungsfrage, sondern über den Kern der Sache. Dieser Satz bildet einen notwendigen Theil unserer Adresse, ich hoffe, der Antragsteller wird in die Theilung nicht willigen. Ich will meine Adresse ganz angenommen sehen oder gar nicht. (Lebhaftes Bravo.) — Der Schlüß wird beantragt und angenommen. — Graf Schwerin erklärt, seine Adresse drücke einen unheilbaren Gedanken aus und könne deswegen bei der Abstimmung nicht getheilt werden.

Folgt Namensaufruf über die Schwerin'sche Adresse! Diefele wird abgelehnt mit 257 gegen 41 Stimmen; die Minorität besteht aus den Altliberalen (Abg. v. Binde, Stargardt) stimmt mit Nein), einen Theil der Fraktion Pette und einigen Katholiken.

Der Abdrucksentwurf der Kommission wird angenommen mit 239 gegen 61 Stimmen; die Minorität sind: die Ultraliberalen, die Katholiken, die Conservativen und die Polen; auch der Abg. Senff.

Die Deputation zur Ueberreichung der Adresse wird gewählt: Hoffmann (Oppeln), Bauck, Kuhlwein, Schröder, v. Massow, Römer, Bahn, Gottschewsky, Papendick, Wolff, Roggen, Kosch, Bresgen, Ludewig, Stephan, Runge, Kratz, Rohden, Schulz (Borken), Lauffer, Dr. Bernhardi, Behrend, Schneider (Sagan) Grothe, Krempel, Dr. Boott, Röppell (Dets), Zierenberg, Ollendorf, Winkelmann (Recklinghausen). — Wegen des etwaigen Empfangs wird noch Antwort erwartet.

Schluß der Sitzung 7 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 26. Mai.

— Der Vorstand des Frauen-Vereins und der Herr Prediger Karmann bießelbst haben im Namen Sr. Maj. des Königs von Sr. R. & H. dem Kronprinzen unterm 2. d. M. folgende ehrende Zuschrift erhalten: „Ich habe aus einem Berichte des Kuratoriums des National-Danks für Veteranen mit Wohlfallen ersehen, wie erfolgreich Sie zur Beschaffung der Mittel zum Zwecke der Unterstüzung hilfsbedürftiger Veteranen bei den Feierlichkeiten am 17. März d. J. bemüht gewesen sind, so daß Sie an 99 Veteranen des Danziger Stadt- und 124 Veteranen des Danziger Land-Kreises überhaupt 1559 Thlr. an Geldgeschenken haben vertheilen können. Für diese patriotische, dem Wohle der alten hilfsbedürftigen Krieger gewidmete Wirksamkeit spreche Ich Ihnen Meinen herzlichsten Dank hierdurch aus.“

— Die Sängerin Pittner, welche in der vorigen Saison bei dem hiesigen Stadt-Theater engagirt war, ist vorgestern im Marien-Krankenhouse verstorben. Wiederum tritt uns mit dem Tode dieser jungen Kunstjüngerin ein sehr tragisches Schicksal entgegen. Die Bahn, auf welche sie ihr jugendlich poetischer Drang getrieben, ist ihr Untergang geworden. Wer löst die Widersprüche des Lebens, wer vermag die tragischen Burzeln unseres irdischen Daseins auszuschneiden?

der Opernsänger Sonnleithner ist gestern in
der Königl. Kapelle mit der Wittwe des Komikers

Joseph Göß, geb. Breymann, zum ersten Male auf
geboten worden.

— Das vor dem Olivaer Thore erbaute Schüthenhaus hat allerdings sehr kleine Dimensionen, aber man hat von demselben eine sehr angenehme Aussicht. Möchte es übrigens der Anfang sein zu einer Bebauung der Hügelreihe vom Thore bis zum Iohannisberge. Daß Bauunternehmer auf diese reizende Parthe noch nicht spekulirt haben, ist eine auffallende Erscheinung.

— Am ersten Pfingstfeiertage gegen 12 Uhr Nachts griff in Petershagen ein Civilist, der indes einen Waffenrock trug, einen Unteroffizier thäglich an und verletzte letzterem mehrere Messerstiche. Der anscheinende Soldat wurde nach der Hauptwache gebracht, und als sich der ermittelte, daß er nicht eine Militairperson sei, in's rath häusliche Gefängniß abgeführt.

— Gestern Abend fand zwischen Oderkahngehilfen und einem hiesigen Eigentümer vor dem Hohen Thore eine Schlägerei statt, bei welcher Schütze mit ihren Waffen einzureihen mußten, wodurch eine leckere widerfeindliche

— Um verfessenen Sonnabend Nachmittag lief die

Nachricht aus dem Werderdorfe Güttland hier ein, daß dort die Arbeiter sämmtlicher Hofbesitzer sich in offenem Aufstande gegen ihre Dienstherrschaft befänden. Die Ursache der Widerseßlichkeit war die Befreiung von drei Knechten, welche sich an dem Orlischulzen thältig vergriffen hatten und am Sonnabend aus dem Orlis Gefängniß hier nach Danzig gebracht werden sollten, welches die andern Arbeiter und Knechte des Dorfes nicht zulassen wollten. Der Landratsamts-Verweser und der Vorstand des Kgl. ländl. Polizeiamts bezogen sich sofort mit 4 Gend'armen und 2 Umlsboten von hier nach Güttland und gelang es denselben, durch energisches Einschreiten die Tumultuanten zur Ruhe zu bringen und nicht nur die 3 Knechte, um deren willen die Auffaßtztigfunden, sondern auch 10 andre Arbeiter, welche als die Anstifter der beabsichtigten Befreiung ermittelt wurden, hierher zu transportiren und der Königl. Staats Unwaltshaft zu übergeben.

— Am letzten Sonnabend drang ein Arbeiter in die Wohnung einer prostituirten Dirne in der Johannisgasse und schlug letztere, angeblich ohne Veranlassung, in das linke Auge und zwar dermaßen, daß das Auge ganz aus der Höhlung heraustrat.

Königsberg. Wir hören, daß gegen den 10. Juni hier Se. Rgl. Hoheit der Kronprinz unsere Stadt mit seiner Anwesenheit beeilen wird, um sich in seiner Eigenschaft als Inspecteur der ersten Armeabteilung der Inspectionsreise des Commandirenden Generals, Generalleutnants v. Bonin Excell. anzustitzen. Diese Reise wird sich besonders nach Osten hin, nach Lögen und weiter, erstrecken.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Kempen, 20. Mai. Gestern wurde hier ein französischer Arzt verhaftet, der anscheinend die Absicht hatte über die Grenze zu den Insurgenten zu geben. Er wurde jedoch bald darauf mit einem Zwangspass nach Köln entlassen.

Aus dem Schrimmer Kreise, 20. Mai. In einem Dorfe unseres Kreises starb vor wenigen Tagen ein bei Peisern verwundeter, über die Grenze gedrängter Insurgent, und zwar der Sohn eines berühmten Juristen in Warschau. Seine Beerdigung erfolgte auf dem Kirchhofe zu Kreitow.

Von der polnischen Grenze, 12. Mai. Kolo und dessen Umgegend sind jetzt fast gänzlich von Insurgenter gesäubert und überall an der Grenze fängt man an, die Verminderung derselben zu spüren. Viele sind geneigt, diese Erscheinung durch die enormen Verluste der Aufständischen in den letzten Wochen zu erklären; Andere hingegen sehen in diesem Zurückziehen von der preußischen Grenze den Plan, sich so viel als möglich in der Nähe Warschau zu concentriren, um einen wohlüberlegten Angriff auf diese Stadt zu machen. Heute hatte sich sogar schon das Gerücht verbreitet, daß man Praga, die Vorstadt Warschau, angegriffen habe. — Auffallend viele polnische Edelleute verlassen jetzt mit ihren Familien das Königreich, um ihren Aufenthalt in einem ruhigeren Lande zu nehmen. Entweder kann man aus diesem Unstand den Schluß ziehen, daß sie die Erfolglosigkeit des gegenwärtigen Kampfes einsehen oder sie fürchten ein heftigeres Aufflammen des Kampfes und bringen ihre Familien in Sicherheit. Die Buzüge aus unserer Provinz dauern, trotz der scharfen Bewachung der Grenze von Seiten unseres Militärs, noch immer fort. Sie sollen sich in den letzten Tagen in der Gegend von Pakosz, unweit der Grenze, wieder viele Insurgenter gesammelt haben und nach Polen hinübergegangen sein; noch täglich sollen sich dort Nachzügler einfinden, die sich ihren Brüdern anschließen wollen. — Durch das Zurückziehen der Insurgenter nach dem Innern Polens fängt der Handel und Verkehr mit Polen sich wieder etwas zu beleben an. Handelsleute, die heute aus Kolo zurückkamen, versicherten, sie hätten auf ihrer ganzen Reise nicht einen Insurgenter gesehen, und die dortigen Einwohner gingen ruhig ihren Geschäften nach. — Die besten Geschäfte haben in letzter Zeit jedenfalls die Schnüggler gemacht, die ganz ungehindert ihr Wesen trieben.

Warschau, 20. Mai. Gestern ist hier wieder ein politischer Mord vorgekommen, indem der frühere Eisenbahn-Polizei-Commissar und Inspector Drozdewicz erscholcht wurde. Er stand seit länger als einem Jahre nicht mehr im Staatsdienst. — Bei der Schap-Commission gehen fast täglich Berichte ein, über mit den Kassen zu den Insurgenter übergegangene Forst-, Salz- und andere Beamte dieser Commission.

— Wer da nach den gestern eingetroffenen Nachrichten glaubte, daß der Aufstand jetzt seinen Höhepunkt erreicht habe, hat nur in einer Beziehung Recht, nämlich was die Ausdehnung desselben betrifft. Er umfaßt nämlich jetzt das ganze alte Polen von der Warthe zur Dvina und bis zum Dniepr; von den samogitischen Küsten des baltischen Meeres bis zum ukrainischen Strande des schwarzen Meeres. Der Tag aber, in welchem sich die Insurrektion mit aller Energie erheben wird, ist auf den 1. Juni angesezt. Die „Nationalregierung“ hat nämlich ein Dekret erlassen, welches die Organisirung des Landsturms anordnet, wodurch der Aufstand in eine neue Phase tritt. Die Woywodschaftschefs sind darin angewiesen, die Organisation sofort in's Werk zu setzen, damit der allgemeine Volksaufstand zum 1. Juni auf allen Punkten Polens, Litthauens und Reuhens zum Ausbruch kommen kann. Wie ein Correspondent der „Ost. Bzg.“ aus eingeweihten Kreisen hört, war von der Nationalregierung der Erdictator Langiewicz zur Organisirung des Landsturms in Polen bestimmt und demselben das betreffende Dekret bereits zugeschickt worden. Dies erklärt den von Langiewicz am 26. v. M. in Lischnowiz gemachten Fluchtversuch, zu dem von Agenten der Nationalregierung die umfassendsten Vorbereitungen getroffen waren.

Gerichtszeitung

Berliner Stadtgericht 3. Deputation.

Ein hiesiger Kaufmann schrieb seinem Dienstmädchen, einer unverheilichten Becker bei ihrer Entlassung folgendes wunderbare Attest in ihr Dienstbuch: "Obwohl sie von andern Herrschaften gute Atteste erhalten hat, so muß ich sie doch entlassen, weil ich nicht Zeit genug habe, sie wegen ihres sträflichen Leichtsinns gewissenhaft zu beaufsichtigen." Man wird zugeben, daß dieser Rede Sinn äußerst dunkel war und auf Logik wenig Anspruch machen konnte. Dies fand auch die Becker; sie las das Attest Dutzende von Malen, ohne indessen etwas Weiteres herauszufinden, als daß sie darin mit einem "sträflichen Leichtsinn" behaftet ward. Sie sagte sich sehr richtig, daß in dieser Beziehung das Attest trotz seiner sonstigen Dunkelheit deutlich genug sei, um einer Herrschaft, die es lese, die Lüft, sie in ihre Dienste zu nehmen, zu verleidern. Diesem Nebelstande wußte sie in sehr resoluter Weise abzuhelfen, indem sie das fatale Schriftstück einer gründlichen Correktur unterzog, die allerdings geeignet war, ihm einen ganz andern, als den vom Aussteller beabsichtigten Sinn zu geben und den Leuten den vorbehalttesten Begehr von derjenigen beizubringen, über welche das Attest sprach. Sie radirte nämlich die Worte "sträflichen Leichtsinn" u. "beaufsichtigen" aus und setzte an deren Stelle "kräftigen Fleiße" und "belohnen." Das so corrigirte Attest lautete in der neuen Gestalt wie folgt: "Ich muß die Becker entlassen, weil ich nicht Zeit genug habe, sie wegen ihres kräftigen Fleißes gewissenhaft zu belohnen." Mit dieser Bescheinigung ließ sich natürlich schon eher ein neuer Dienst bekommen. Die kluge Becker sollte sich aber in ihren Berechnungen getäuscht sehen. Stylo und Sinn des Attestes fielen denen, welchen es präsentiert wurde, der gestalt auf, daß man bei dem unterschriebenen Aussteller nähere Erkundigung einzuziehen für gut fand. Derselbe wunderte sich nun natürlich nicht wenig, als er den "kräftigen Fleiß" las, den seine Servante entwickelt haben sollte, und die Correktur kam an den Tag. Das Strafgezeich charakterisiert eine solche unter den beschriebenen Umständen als "Fälschung eines Dienstbuches" u. bedroht sie mit Strafe. Es ward in Folge dessen gegen die Becker die Anklage erhoben. Letztere beschäftigte sich außer der Dienstbuchs-Fälschung nebenher noch mit einem Diebstahl, dessen Thaibestand hier nicht weiter interessirt. Belegen beider Vergehen ward die Angeklagte zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Thorn, 20. Mai. Gestern wurde hier ein interessanter Prozeß vor der Criminal-Deputation des Kreisgerichts verhandelt. Am 21. v. M. hatten sich weit über hundert Personen polnischer Nationalität im Walde von Josephat (Gut im Kr. Thorn) versammelt. Sie fanden dort zwei Wagen mit Waffen, welche vertheilt wurden. Dann machte sich der Haufen von Elgizewo aus durch die Drewenz nach Giechoczyn in Polen auf, um die Insurgenter im Lipnoer Kreise, wo die Freischärer bekanntlich zerstreut wurden, zu unterstützen. Sechs Theilnehmer dieses Zuges hatten sich indessen auf dem Zuge eines Besseren besonnen und sich hart an der Grenze, theils von diesseits, theils von jenseits derselben, auf den Heimweg gemacht. Auf der Heimkehr wurden sie verhaftet, hierher gebracht und standen gestern vor dem Gericht, nach §. 97 des Strafgesetzbuches angeklagt wegen Beihilfung an der Bildung eines bewaffneten Haufens. Mit Rücksicht auf ihre vierwöchentliche Untersuchungshaft beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten eine 24stündige Gefängnisstrafe, wogegen sie der Gerichtshof zu 4 Wochen Gefängnis verurteilte. Gleichzeitig mit den Sechs stand vor der Scharne der Gerichtshofes der Brenner des Dominiums Rynsk (Kr. Thorn). Einer von den Sechs hatte ihn bezüglich, daß derjelbe ihn überredet hätte, in jenen Wald und nach Polen zu gehen. Die Verleitung zur Theilnahme an bewaffneten Versammlungen wird auch nach dem Strafgesetze geahndet. Dem Brenner konnte jedoch nicht nachgewiesen werden, daß er gewußt habe, es würden im Walde von Josephat Waffen vertheilt werden. Von der Staatsanwaltschaft wurde deshalb die Freisprechung des Angekl. beantragt, welchen der Gerichtshof zu 6 Wochen Gefängnis verurteilte. Die Verurtheilten werden gegen das Erkennnis appelliren.

Handel und Gewerbe.

Danzig, Sonnabend 23. Mai. In den ersten Tagen d. W. war unser Weizenhandel ungeachtet großer, aber doch nicht ausreichender Nachfrageviel der Verkäufer auf einen sehr geringen Umsatz beschränkt, Mittwoch aber wurden über 500 Lasten geliefert. Als nun die Forderungen gesteigert wurden, verringerte sich zwar die Lebhaftigkeit der wenigen Käufer, doch blieb dem Markt eine festere Haltung, und beste Gattungen durften 1 Sgr. pro Scheffel höher stehen als bei Schluss der v. W. Heute war die Stimmung wieder entschieden matt ei einem Umsatz von 250 Lasten. Mit Einfluss derselben sind 1500 Lasten gehandelt worden. Hochbunter und feingefügiger 131.30 pfd. Weizen pro Scheffel 87½. 90 bis 95 Sgr.; hellbunter 127.30 pfd. 83 bis 85 Sgr.; bunter 126.30 pfd. 74 bis 81 Sgr.; geringe 120.24 pfd. Gattungen 63 bis 70 Sgr. — In Stoggen wurden 1000 Lasten gemacht. Der Preisstand wankte ungeachtet guter Kauflust, und leichte Waare dürfte ½ Sgr. niedriger anzunehmen sein. 118.21 pfd. 51 bis 52½ Sgr.; 123.25 pfd. 53.54 Sgr.; 126.28 pfd. 54½ bis 55 Sgr., alles auf 125 pfd. — In Gerste war das Geschäft unbedeutend. Kleine Zufuhr, schwache Frage, Preisstand ohne Veränderung. Kleine 106.8 pfd. 36 bis 37½ Sgr., beste 109.13 pfd. 38½ bis 40½. Große 108.10 pfd. 38 bis 40, 112.18 pfd. 42 bis 46. — Hafer in Kleinigkeiten bei 48.50 Zoll pfd. 23 bis 25 Sgr. — In Erbsen 260 Lasten Umsatz. Die Haltung war ziemlich fest, der Schluss aber matt und um 1 Sgr. niedriger. Mittl. 50 bis 52 Sgr., beste 53.54 Sgr. — Von der Spirituszufuhr wurde Einzelnes auf 15 Thlr. pr. 8000 untergebracht; als die Zufuhr sich mehrt, fiel der Preis schnell auf 14½. 14½. Umsatz 800 Tonnen. Käufer sind da. — Wir hatten sonnenhelle Tage mit scharfen eisigen Winden, die der Vegetation nicht zuträglich sind. Morgens nur 4°+. Dann folgte der so sehr erwünschte Regen, zwar auch mit kalter Temperatur, die aber bei gehöriger Anfeuchtung nichts benachtheiligt.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königlichen Navigationschule zu Danzig.

W	G	Barometer-	Thermometer	Wind und Wetter.
W	G	Höhe in	im Freien	
W	G	Par. -Linen.	n. Reaumur.	
24	12	334,29	+ 6,1	N.D. frisch, Regen.
25	12	332,16	6,6	N.N.D. stürmisch, dick mit Regen.
26	8	335,52	7,3	N. stürmisch, hell.
12		336,70	9,1	N. frisch, hell, Kimm. wolfig.

Schiffs-Bericht aus Neufahrwasser.

Angelommen am 23. Mai:

G. Sandmann, Sankari, v. Wasa, mit Theer. S. Steinkrauß, Hermann, v. Plymouth, m. Kalksteinen. Gesegelt: 2 Schiffe mit Getreide.

Angelommen am 24. Mai:

Bluhm, Johann, v. Stockholm, m. Eisen. Asgaard, Laura, v. Newcastle, m. Kohlen. Charnotsteine. Minn, Friedr. Wilh., v. Newcastle; u. Kelt, Lord Rollo, von Worworth, m. Kohlen. Bacton, Johanna, v. Amsterdam, m. Gütern. Bantow, Pauline, v. Stettin, mit Schlemmkreide. — Ferner 7 Schiffe mit Ballast.

Gesegelt: 2 Schiffe m. Getreide.

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 26. Mai.

Weizen, 150 Last, 87 pfd. 19 th. u. 87 pfd. 8 th. fl. 520; 135 pfd. fl. 545; 132 pfd. fl. 512½; 129.30 u. 130 pfd. fl. 505; 128 pfd. fl. 472½ Alles pr. 85 pfd. Roggen, 121 pfd. fl. 312; 123 pfd. fl. 318; 127 pfd. fl. 327 pr. 125 pfd. Gerste gr., 108 pfd. fl. 228 pr. 71 pfd. Erbsen w. fl. 315.

Bahnpreise zu Danzig am 26. Mai.

Wetzen 124—131 pfd. bunt 72—82 Sgr. 124—134 pfd. hellbunt 75—90 Sgr. Roggen 120—127 pfd. 51—54½ Sgr. pr. 125 pfd. Erbsen weiße Koch. 52—53½ Sgr. do. Futter. 48—51 Sgr. Gerste kleine 106—110 pfd. 36½—39½ Sgr. große 110—118 pfd. 40—46 Sgr. Hafer 65—82 pfd. 24—28 Sgr. Spiritus 14½ Thlr.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Pr. Lieut. im I. Leib-Husaren-Regt. No. 1 Timm u. Lieut. im I. Leib-Husaren-Regt. No. 1 v. Usedom aus Pr. Stargardt. Landrat Buchwald n. Gattin a. Frauendorf u. Sommer a. Grunau. Rittmeister u. Rittergutsbes. v. Bach a. Strelitz. Rittergutsbes. Bethe n. Gattin a. Kosiebken. Kreisger. Direct. Pauli a. Löbau. Oberamtmann Wehle n. Fam. a. Sagan. Baumeister Kern a. Uslandrow. Kaufm. Kreyenberg a. Braunschweig, Prochnowik n. Gattin u. Meusik a. Königsberg, Pudor u. Deutsch a. Berlin, Rosenheim a. Heidingsfelde, Mercier a. Hamburg, Gaeting a. Bremen, Beyer a. Stettin, Samter a. Gydruhn, de Duden a. Rotterdam, Kruyff a. Haarlem, Thomas a. Insterburg, Mettebohm a. Aachen Hotel de Berlin:

Rittergutsbes. Jochem n. Fam. a. Hamburg und v. Wiencke a. Witomin. Justizrat Hülsen a. Tzowraclaw. Rentier Weyber a. Elbing u. Nanowski a. Bromberg. Dr. phil. Förster a. München. Bauführer Bichler a. Bromberg. Die Kaufl. Passardi a. Glauchau,

Schlum a. Merane, Pfeihi a. Leipzig, Berlin u. Meyer a. Stettin, Winkler a. Freiburg, Strauch a. Braunschweig, Franke u. Boy a. Berlin, Roth a. Elbing, Heilgers a. Aachen u. Schulze a. Köln. Fräul. Weyher a. Elbing.

Walter's Hotel:

Professor Dr. Güterbock n. Gattin a. Königsberg. Gutsbes. Bertram, Maschinen-Fabrikant Vollbaum und Stadtsecret. Sube a. Elbing. Rentier Berger a. Stettin. Dr. med. Albrecht n. Gattin a. Königsberg. Landwirth Flemming a. Woedzin. Obersörförlandidat Hartig aus Wenzelwalde. Tischlerstr. Lemke a. Berlin. Die Kaufl. Schweitzer n. Gattin, v. Gyzek n. Fam. Beyer, Albrecht, Beyer und Claas n. Gattin a. Königsberg, Müller a. Marienburg u. Simson a. Berlin.

Schmelzer's Hotel:

Rittergutsbes. v. Kochow a. Koschau, Schnadenburg a. Soldau u. Jenke a. Dischowen. Lieut. im 45. Inf.-Regt. Kettner a. Graudenz. Cand. theol. Sauerseig a. Bogdanken, Trunk a. Neuendorf u. Schärer a. Wissow. Gymnasialst Muleri a. Stolp. Die Kaufl. Beer a. Liegnitz, Frost a. Bischofswerder, Penner a. Berlin, Richter a. Limbach, Eberhardt a. Stettin, Leitner aus Frankfurt a. O., Bischof a. Würzburg, Berger a. Bremen, Kurth a. Arnstadt u. Leckenburg a. Elberfeld.

Hotel d'Oliva:

Die Kaufl. Buschink a. Dresden u. Titel a. Naumburg. Baumstr. Brown a. Dirschau. Referendar Neumann a. Berlin u. Brown a. Posen.

Hotel de Thorn:

Rittergutsbes. Sommer a. Gremau. Pr. Lieut. u. Gutsbes. Maschke a. Wollenberg. Gymnasial-Lehrer Lindenroth, Handl. -Geb. Lindenroth, Frl. Jablonowski, Wagenfabrik. Lemke u. Rentier Lemke a. Elbing. Die Kaufl. Lichtenberg a. Leipzig, Köhler a. Frankfurt a. M., Lachner, R. u. D. Steffanius a. Berlin, Sonnstein aus Osterode, Schulz v. d. Panke a. Chemnitz, Dieterich a. Königsberg, Becker n. Gattin a. Memel u. Spinola a. Rieda. Ger.-Assessor Graf v. Lewentlow, Märker u. Negier. -Referend. Paschke a. Culm. Bauführer Claus, Feldmesser Emund u. Magnino a. Bülow, Sirkel und Mittenfelder a. Lauenburg. Landwirth Bareire aus Dobryzin. Deconom Bosse a. Soldin. Amtm. Küchenmeister a. Gernrode. Stud. Lerche a. Quedlinburg und Wendenburg a. Halle a. S. Decon. Dieterich a. Königsberg.

Deutsches Haus:

Gasthofbes. Wiede n. Gattin a. Chemnitz. Gutsbes. v. d. Lühe a. Subkau u. Kröcher a. Driesen. Holz-Capt. Zimmermann a. Memel. Dr. med. Heldorf aus a. Königsberg. Rendant Fleischer a. Mewe. Administ. Zinnert n. Gattin a. Canditten. Mühlenset. Döhlung. Sohn a. Schneidemühl. Lieut. Hagen a. Charnikau. Rentier Bändler a. Marienwerder. Chemiker Brandt a. Bromberg. Landwirth Ziegler a. Daber. Partikulier Dentler a. Stolpe. Die Kaufl. Conradi a. Berlin, Hirschfeldt a. Thorn, Braumann a. Graudenz, Walter a. Bromberg u. Robben a. Marienburg. Förster Schleicher a. Rottau. Hofbei. Mende a. Bülow. Inspector Bölk a. Bielau. Assessor Nitsche a. Frankfurt. Deconom Lasner a. Lenzwitz. Secret. Glas a. Schweiz. Steuermann Lichtenberg a. Memel. Apotheker Hanf a. Löbau. Bujack's Hotel:

Die Kaufl. Anbusen, Petersen u. Schmidt n. Gattin a. Königsberg. Brennereibes. Schäfer a. Bozonow. Gutsbes. Kriehme n. Gattin a. Gr. Paradies. Ritterstr. v. Blankensee a. Damitz. Deconom Behrendsen aus Gr. Zündt. Secretär Martin a. Berlin.

Die Verlobung meiner Tochter Maria mit dem Restaurateur Herrn Ferdinand Ernst Baehr aus Danzig beeindruckt mich hiermit, allen Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung anzuzeigen. Culm, den 24. Mai 1863.

E. Wernicke, Wittwe.

Verlobte:
Maria Wernicke,
Ernst Baehr.
Culm und Danzig,
den 24. Mai 1863.

Victoria-Theater zu Danzig.

Mittwoch, den 27. Mai 1863. Zum zweiten Male: Eine Frau, die in Paris war. Lustspiel in 3 Akten von G. v. Moser. Hierauf: Zum ersten Male: Einer muß heirathen. Original-Lustspiel in 1 Akt von Wilhelm. Zum Schluss: Zum zweiten Male: Wer ist mit. Vaudeville-Poësie, nach dem Französischen in einem Akt von Friedrich. Musik von Stiegemann.

Ein tüchtiger unverheiratheter Ziegelmistr. mit guten Zeugnissen versehen, kann fogleich eine Ziegelei beim Zimmermeister Th. Grohn in Pickel bei Marienburg übernehmen.

Auf ein adliches Gut im Osteroder Kreise von 30 Hufen kultisch, nach landwirtschaftlichen Prinzipien auf 52,000 Thaler geschätzt, werden unmittelbar, hinter 20,000 Thlr. die für die Gothaer Bank eingetragenen stehen, 6000 Thlr. als Darlehen gesucht. Nähere Auskunft ertheilt der Rechts-Anwalt Schulze zu Osterode.

Ein Geschäftshaus m. Schankgerecht. u. Speiseanstalt in der Fleischergasse ist für 3500 Thlr. sofort zu verkaufen. Näheres Vorstadt. Graben 13.

Ein in seinem Fach erfahrener Jäger, in besten Jahren, mit kleiner Familie und guten Attesten, sucht zum 1. October cr. ein Placement. Gefällige Adressen bittet man unter „F. Z.“ in der Expedition dieses Blattes abzugeben, woselbst auch nähere Auskunft entnommen werden kann.

Polnischer Kientheer, in feinster Qualität zu 5 Thaler pro Tonne bei Christ. Friedr. Keck.

Briefbogen mit Damen-Namen sind zu haben bei Edwin Groening, Portehaisengasse 5.

Eine kräftige gehaltvolle Cigarre mit Havanna-Ginlage à 20 Thlr. (8 Stück 5 Sgr.) empfiehlt Max Dannemann, Heil. Geistg. 31.

Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha. Nach dem Rechnungsabschluß der Bank für 1862 beträgt die Ersparnis für das vergangene Jahr

66⅔ Prozent

der eingezahlten Prämien.

Jeder Bankteilnehmer in hiesiger Agentur empfängt diesen Anteil nebst einem Exemplar des Abschlusses Vormittags von 9—1 Uhr und Nachmittags von 3—6 Uhr von Unterzeichnetem, bei dem auch die ausführlichen Nachweisungen zum Rechnungsabschluß zu jedes Versicherten Einsticht offen liegen.

Denjenigen, welche beabsichtigen, dieser gegenseitigen Feuerversicherungs-Gesellschaft beizutreten, gibt der Unterzeichnete bereitwillig desselbige Auskunft und vermittelt die Versicherung.

Danzig, den 26. Mai 1863.

C. F. Pannenberg,
Agent der Feuerversicherungsbank f. D. in Gotha,
Comptoir: Neugarten No. 17.

Brunnen-Anstalt Abonnement Poggenpohl 75. auf Selterser- und Soda-Wasser

habe in einer für das Publikum sehr bequemen Weise eingerichtet und empfehle es allen Denen, die ein gutes Wasser zu en gros Preisen wünschen, doch aber nicht auf einmal eine größere Anzahl Flaschen kaufen wollen.

Das Nähere erfährt man in meinem Comptoir, woselbst auch Preislisten meiner Kurbrunnen und Molken zu haben sind.

Poggenpohl 75. Otto Schäffer. Brunnen-Anstalt.

Das von mir arrangierte Gesellschaftsspiel zur 128. Preuß. Lotterie beginnt wieder.

Anteile auf 4, 8, 15 oder 31 Nummern, sind von 5 Sgr. bis 10 Thlr. für alle 4 Klassen von jeder Sorte zu haben. Aufträge von außerhalb werden ausgeführt. Pläne gratis und portofrei. Max Dannemann, Heilgeistgasse 31.